



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Tarifeinheit stärken – Koalitionsfreiheit und Streikrecht nicht antasten – Tarifautonomie bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anstrengungen von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Stärkung der Tarifeinheit unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Garantien von Koalitionsfreiheit und Streikrecht im Bund zu unterstützen.

Begründung:

Ein Gesetzentwurf zu diesem Thema soll am 3. Dezember 2014 im Bundeskabinett beraten werden. Er soll im Konfliktfall zwischen konkurrierenden Gewerkschaften in Tarifaueinandersetzungen das Mehrheitsprinzip stärken. Notwendig ist ein rechtlicher Rahmen für Sparten- und Minigewerkschaften, ohne das verfassungsmäßige Recht auf Koalitionsfreiheit und das Streikrecht auch kleiner Gewerkschaften anzutasten.

Der aktuelle Tarifkonflikt der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) mit der Deutschen Bahn ist ein Beispiel für den Regelungsbedarf und ein Grund für die Verabschiedung eines Gesetzes zur Tarifeinheit. Es soll das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ gelten.